

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2389

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2389



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

SOLIDARITÄT GLEICHSTELLUNG
KLIMA WOHNEN GESUNDHEIT MIGRATION
BILDUNG LGBTQIA+ DEMOKRATISCHE WIRTSCHAFT
ZUKUNFT LANDWIRTSCHAFT
EUROPA DEMOKRATIE
KULTUR PAZIFISMUS FAMILIE TRANSPARENZ
MOBILITÄT ENERGIE



**Eine andere Welt
ist möglich**

Parteiprogramm Junge Grüne Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Umwelt	2
Klima.....	2
Energiepolitik.....	4
Ernährung.....	4
Landwirtschaft.....	6
Mobilität.....	7
Tierschutz und Tierrechte.....	9
Naturschutz.....	10
Raumplanung.....	12
Soziales	13
Bildung.....	13
Gesundheitspolitik.....	15
Prävention und Resozialisaton.....	17
Soziale Sicherheit.....	18
Wohnen.....	19
Gesellschaft	20
Demokratie und Staat.....	20
Digitalpolitik.....	22
Suchtverhalten.....	23
Familien.....	24
Feminismus – Gleichstellung aller Geschlechter.....	25
Inklusion von Menschen mit Behinderungen.....	26
Kultur und Freiräume.....	27
LGBTQIA+.....	28
Wirtschaft	29
Arbeit.....	29
Bedingungsloses Grundeinkommen.....	31
Demokratische Wirtschaft.....	32
Finanzmärkte und Geldpolitik.....	34
Internationales	38
Diplomatie und internationale Institutionen.....	38
Globaler Handel und Freihandel.....	39
Internationale Solidarität.....	40
Migration und Integration.....	42
Militär/Pazifismus.....	43
Europäischen Union (EU).....	44

Präambel

Die Jungen Grünen sind eine politische Bewegung aus jungen Menschen, die sich für eine ökologische und soziale Zukunft einsetzen. Im Zentrum stehen dabei die Menschen auf allen Kontinenten der Welt und die künftigen Generationen. Die Jungpartei der GRÜNEN steht für den Schutz der natürlichen Lebengrundlagen genauso wie für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Offenheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Jungen Grünen setzen sich für ein konsequentes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Ziel ist die Entfaltung des Individuums, persönliche Freiheiten sollen nur beschnitten werden, wo sie die Rechte und Freiheiten anderer Individuen (auch künftigen) beeinträchtigen. Sie hinterfragen Machtverhältnisse, insbesondere zwischen Geschlechtern kritisch und setzen sich gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus ein. Die Jungen Grünen sind eine antikapitalistische, gesellschaftsliberale, pazifistische und basisdemokratische Partei.

Umwelt

Klima

Die Klimakrise ist unbestritten eine der grössten Gefahren und Herausforderungen unserer Zeit. So stieg die Temperatur in der Schweiz seit Messbeginn bereits um rund 1.8°C an und Starkniederschläge, Hitzesommer, schmelzende Gletscher, Murgänge, Ernteauffälle und Waldbrände haben bereits signifikante Folgen. Die Auswirkungen einer ungebremsten Klimakatastrophe wären für Mensch und Umwelt fatal. Deshalb setzen sich die Jungen Grünen für griffige und sofortige Massnahmen ein, um die Klimaerwärmung so tief wie möglich zu halten und Mensch und Umwelt vor den Folgen der Klimakrise zu bewahren.

Die Jungen Grünen setzen sich für eine faktenbasierte Klimapolitik ein und bekennen sich gemäss Pariser Klimaabkommen zu netto null Treibhausgasemissionen, um die globale Erwärmung auf unter 1.5°C zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir einen umfassenden und sozial ausgeglichenen Wandel in allen Bereichen, insbesondere im Verkehr, Konsum und Ernährung.

Die Jungen Grünen fordern: (orientiert am [Massnahmenkatalog mit 22 Punkten](#))

- Bis 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Schweiz auf ein Mass, welches durch langfristige, natürliche oder künstliche Senken wieder aus der Atmosphäre entzogen werden kann (Netto Null Treibhausgasemissionen)
- dass die Schweiz national den Klimanotstand (Aufklärung der Bevölkerung und Priorisierung Klimageschäfte) ausruft und die Bevölkerung kompetent über dessen Bedeutung aufklärt.
- Die Einführung einer umfassenden CO₂-Lenkungsabgabe in der Schweiz, welche der Höhe der externen Kosten entspricht. Der Ertrag wird pro Kopf an die Schweizer Wohnbevölkerung zurückvergütet.
- Die Ersetzung der industriellen Massentierhaltung durch tierfreundliche und ökologische Formen der Landwirtschaft
- Ein Werbeverbot für besonders klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen
- Ein schrittweises Verbot von Investitionen in fossile Energieträger
- Dass 100% des in der Schweiz produzierten und verbrauchten Strom bis 2030 aus erneuerbaren Quellen stammt
- Autofreie Innenstädte in sämtlichen Schweizer Städten

- Eine Raumplanungspolitik, die kurze Verkehrswege und nachhaltige Siedlungen fördert
- Den Einsatz der Schweiz auf internationaler Ebene für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens

Energiepolitik

Die heutige Energieversorgung der Schweiz durch fossile Energien ist nicht nachhaltig und führt zu massiven Schäden an Mensch und Umwelt. Die Energieversorgung muss zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen stammen und die Effizienz des Stromverbrauchs muss verbessert werden. Gleichzeitig müssen Massnahmen für mehr Suffizienz im Energieverbrauch getroffen werden. Eine dezentrale Energieproduktion ist anzustreben. Zudem werden Transportverluste minimiert und die Abhängigkeit von wenigen Grosskonzernen reduziert. Die Stromnetze stellen ein natürliches Monopol dar. Deshalb müssen sie von einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen zum Selbstkostenpreis bereitgestellt werden. Dies verhindert überhöhte

Preise und erlaubt der Bevölkerung mitzubestimmen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die komplette Ersetzung der fossilen Brennstoffe und Kernkraftwerke mit erneuerbaren Energien, wie zum Beispiel Wind- und Solarenergie. Der Ausbau der nachhaltigen Energieproduktion muss bei gleichzeitiger Achtung des Schutzes der Natur und der Biodiversität geschehen
- Ein schrittweiser Ersatz aller technischen Geräte durch Geräte der höchsten Effizienzklasse und die gestaffelte energetische Renovation von Gebäude zur Senkung des Energieverbrauchs.
- Die Bereitstellung der Stromnetze durch ein öffentlich-rechtliches Unternehmen
- Den Abbau bürokratischer Hürden beim Bau von Anlagen für die Produktion von erneuerbaren Energien, sofern diese nicht zulasten des Naturschutzes gehen.
- Eine stärkere Einbindung vom Schweizer Stromnetz in das Europäische, um Schwankungen in der Produktion auszugleichen.
- Einen Verzicht auf Ressourcen zur Energieproduktion, die zu einer Abhängigkeit von undemokratischen Staaten führt.
- Dass Biotreibstoffe nicht mit Ackerbauprodukten die in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen erzeugt werden dürfen

Ernährung

Ernährung betrifft alle Menschen und hat enorme Auswirkungen auf die Gesundheit, Umwelt und Lebewesen der Erde. Heute verursacht die Nahrungsmittelproduktion einen Viertel der für den Klimawandel verantwortlichen Treibhausgasemissionen. Der übermässige Konsum von

tierischen Lebensmitteln ist zum grössten Teil verantwortlich für die weltweite Abholzung der Regenwälder, die treibende Kraft für die Ausbreitung toter Zonen in den Ozeanen und Hauptverursacher des Biodiversitätsverlusts und des Artensterbens.

Der übermässige Konsum von tierischen Lebensmitteln oder Zucker sind die Hauptursachen für zahlreiche der sogenannten Zivilisationskrankheiten, wie Herz-Kreislaufkrankheiten oder Diabetes Typ 2.

Der beste Weg, diese negativen Umwelteinflüsse zu reduzieren und die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen zu fördern, ist, hauptsächlich pflanzliche, sowie regionale und saisonale Lebensmittel zu konsumieren. Ferner senkt eine Reduktion von Foodwaste die Kosten von Lebensmitteln in der Schweiz erheblich.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine Lenkungsabgabe auf tierische Lebensmittel.
- Die Anpassung der Ernährungsratschläge vom Bundesamt für Gesundheit an der aktuellen Forschung, unabhängig von Lobbyinteressen.
- Einen nachhaltigen und auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden Hauswirtschaftsunterricht.
- Ein Verbot von Werbung und Aktionen von Tierischen Lebensmitteln
- Dass öffentliche Einrichtungen nur vegetarische und zwingend auch ein veganes Menu offerieren.
- Die Legalisierung des Containers
- dass alle Detailhändler*innen verpflichtet sind, abgelaufene Lebensmittel an gemeinnützige Institutionen zu spenden.
- Massnahmen des Bundes, zur Verringerung von Foodwaste Insbesondere durch Anpassung der Lebensmittelnormen und Sensibilisierung der Bevölkerung. Dazu gehört zum Beispiel die Schaffung von mehr Nähe zwischen Produzierenden und Konsumierenden.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat heutzutage einen negativen Einfluss auf unsere Umwelt - global sowie in der Schweiz. Definierte Umweltziele für die Schweizer Landwirtschaft wurden in den vergangenen Jahren nicht erreicht. Unsere Gewässer sind mit zu vielen Pestiziden belastet und die meisten Böden auch durch die zu hohen Nutztierbestände überdüngt. Dies wirkt sich negativ auf die Biodiversität aus und so gilt die intensive Landwirtschaft und die Massentierhaltung als die grösste Ursache des Artensterbens.

Anders als es die Werbung und die Agrarlobby bewerben, haben in der Schweiz leider die meisten Nutztiere keinen regelmässigen Auslauf.

Eine nachhaltige, ökologische, faire und tiergerechte Landwirtschaft ist möglich und dringend notwendig. Die Jungen Grünen fordern eine Landwirtschaft, die saubere Gewässer, fruchtbare Böden, Biodiversität und mehr Raum für Natur ermöglicht, denn dies sind die Grundlagen unseres Lebens.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Nutztierbestände sollen so weit reduziert werden, dass keine Futtermittel mehr importiert werden müssen und die Anbaufläche für Futtergetreide reduziert wird.
- Dass alle Nutztiere artgerecht gezüchtet, gehalten und ernährt werden
- Eine Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide sowie Mineraldünger und das Anstreben möglichst geschlossener Nährstoffkreisläufen
- dass bis 2030 100% Biolandschaft betrieben wird. Die Bestimmungen gelten auch für alle Importe
- Die Förderung pflanzlicher, lokaler und saisonaler Nahrungsmittel
- Eine standortgerechte, ökologische und gentech-freie Produktion von vielfältigen und gesunden Nahrungsmitteln nach den Prinzipien der Agrarökologie
- Kostenwahrheit für jegliche landwirtschaftliche Produkte und Anstrengungen zur Erreichung der Ernährungssouveränität in der Schweiz und global
- Dass importierte Lebensmittel denselben Mindestanforderungen unterliegen wie inländische Produkte
- Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft
- Den Schutz von Kulturland

Mobilität

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil unseres Alltags und muss darum für alle Menschen, unabhängig des Einkommens, zugänglich sein. In unserer Gesellschaft ist Mobilität aber mit hohem CO₂-Ausstoss verbunden und dadurch eine der Hauptursachen für die Klimakrise. Das müssen wir ändern, und den Verkehr in der Schweiz so schnell wie möglich dekarbonisieren. Dafür brauchen wir eine Reihe von Massnahmen, um die nachhaltige Mobilität zu fördern, auszubauen und für alle zugänglich zu machen. Gleichzeitig müssen wir den umweltschädlichen Verkehr einschränken. Die Bedingungen für den Velo- und Fussverkehr müssen verbessert werden und Innenstädte müssen autofrei sein. Ausserhalb der Städte muss der öffentliche Verkehr zum Hauptverkehrsmittel werden. Die Neuzulassung von Fahrzeugen mit herkömmlichen Diesel- und Benzinmotoren muss verboten werden, Carsharingmodelle sollen gefördert werden. Reisen mit dem grössten Umweltsünder unter den Verkehrsmitteln - dem Flugzeug – ist viel zu günstig. Die Preise müssen so angepasst werden, dass Zugreisen wieder günstiger als Flüge werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Für alle erschwingliche ÖV-Preise
- Erhöhter öffentlicher Verkehr, insbesondere in unerschlossene gebiete
- Verbesserte Infrastruktur und Bedingungen für den Langsamverkehr
- Ein Verbot von Flügen innerhalb Europas (ausser in Sonderfällen wie medizinischen Notfällen) mit paralleler Förderung des internationalen Zug- und insbesondere des Nachtzugnetzes
- Die oben genannten Steuern (mit Ausnahme der Mehrwertsteuer) werden zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und der Entwicklung von Nachtzügen verwendet
- Ein Verbot der Nutzung Schweizer Flughäfen durch private Jets, dessen Nutzung nicht durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt ist.
- Eine markante Erhöhung der Treibstoffsteuer
- Eine hohe Flugticketabgabe
- Dass die Schweiz sich international für die Einführung einer Kerosinsteuer und einer Erhebung der Mehrwertsteuer auf die Luftfahrt einsetzt
- Ein Verbot der Neuzulassung von herkömmlichen Diesel- und Benzinmotoren für den motorisierten Individualverkehr
- Autofreie Innenstädte in sämtlichen Schweizer Städten
- Ausbaustopp von Autobahnen

- Verstärkte Unterstützung für die Elektrifizierung des gewerblichen Verkehrs (Einsatz- und Blaulichtfahrzeuge, Baufahrzeuge, öffentliche Dienste usw.)
- Die Förderung von Fahrgemeinschaften

Tierschutz und Tierrechte

Ob in Versuchslaboren, in der Landwirtschaft oder etwa im Zirkus: Wohl und Würde der Tiere werden gegen menschlichen Nutzen abgewogen. So werden jährlich über 75 Millionen Schweizer Tiere für menschliche Zwecke getötet. Die meisten von ihnen sterben für eine Fleischwirtschaft, die ökologisch und ethisch unhaltbar ist. Gemäss dem Schweizer Zivilgesetzbuch sind Tiere aber keine Sachen. Es wird Zeit, dass dieser Grundsatz in die Praxis umgesetzt wird. Wir müssen Tiere endlich als fühlende Lebewesen mit eigenen Bedürfnissen ernst nehmen. Viel zu oft sieht der Staat bei Tierleid tatenlos zu oder fördert schädliche Industrien sogar mit Staatsgeldern. Das muss sich in Zukunft ändern!

Die Jungen Grünen fordern:

- Einen konsequenten Schutz von Leben, Wohl und Würde der Tiere
- Einen Tierschutz, der sich nicht nach dem menschlichen Verwendungszweck richtet
- Keine Staatsgelder für Tierprodukte-Lobbys, sondern Förderung von Alternativen zu Tierprodukten
- Die kontinuierliche Verbesserung der Haltungsbedingungen und die Senkung der immensen Schlachtzahlen
- Die Minimierung von Tierversuchen und intensive Forschung nach Alternativen
- Keine Tiere im Zirkus
- Nur Tiere in Schweizer Zoos, deren Wohl gewährleistet werden kann
- Massnahmen gegen den Import von tierquälerischen Produkten
- Ein griffiges Verbot von Qualzuchten, auch für Nutztiere
- Das Verbandsbeschwerderecht für Tierschutz-Organisationen
- Die Konkretisierung der Tierwürde durch Grundrechte für Tiere

Naturschutz

Die Schweiz hat von ganz Europa die längste rote Liste der bedrohten Arten, 35% der bewerteten Arten sind gefährdet, weitere 11% potentiell gefährdet. Ein Aussterben auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene findet statt. Es ist offensichtlich, dass die Biodiversität, Lebensräume und Ökosysteme in der Schweiz nicht ausreichend geschützt werden. Dies widerspricht der Forderung der Bundesverfassung, welche besagt, dass Tier- und Pflanzenarten vor der Ausrottung zu bewahren sind. Gemäss dem Bafu ist der Zustand und die Entwicklung der Artenvielfalt in der Schweiz generell ungenügend. Die Jungen Grünen fordern:

Funktionierende Ökosysteme mit all den Lebensräumen und der Artenvielfalt sind nicht nur für überlebenswichtig für zahlreiche Organismen, sondern sind auch die Lebensgrundlage von uns Menschen. Sauberes Trinkwasser, Nahrungsmittel, Energieträger, Erosionsschutz, Wasser- und Nährstoffkreisläufe sind nur wenige Beispiele, die bereits heute unter gestörten Ökosystemen leiden.

Es ist längst bekannt, was Arten und Lebensräume zerstört: Zersiedelung, zu hohe Stickstoffemissionen und hohe Pestizideinsätze, sowie Nichteinhalten von Verkaufsverboten invasiver Arten sind nur wenige Beispiele davon. Diese Probleme müssen sofort auf lokaler, nationaler und globaler Ebene angegangen werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Den verstärkten Schutz und Erhalt der heimischen Landschaften, Lebensräumen und Ökosysteme in der Schweiz.
- Gezielte Artenförderung und Wiederansiedlungsprogramme
- Die Umsetzung von weiteren Schweizer Natur- und Nationalpärken
- Dass in der gesamten Schweiz ein zusammenhängendes Netz an Korridoren für Flora und Fauna umgesetzt wird
- dass öffentliche Flächen und Siedlungsgebiete nur mit standortgerechten heimischen Arten begrünt werden
- Gezielte Lebensraumherstellung in urbanen Gebieten
- die Inpflichtnahme der Verursacher von Biodiversitätsverlusten
- Eine konsequente Weiterführung der qualitativen und quantitativen Biodiversitätsförderung auf landwirtschaftlichen Flächen
- Ein Importverbot für Produkte, die massgeblich an der Zerstörung von wertvollen globalen Ökosystemen beteiligt sind

Raumplanung

In der Schweiz werden täglich Grünflächen in der Grösse von acht Fussballfeldern überbaut. Auch mit dem revidierten Raumplanungsgesetz von 2012 ist eine Trendwende nicht in Sicht, denn grundlegende Anreize für den verschwenderischen Umgang mit dem Boden bleiben weiterhin bestehen. Dies hat unzählige negative Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung, das Klima, die Landwirtschaft, die Biodiversität und das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Jungen Grünen setzen sich deshalb ein für eine klare Trennung von Bau- und Nichtbauland und eine Beschränkung der Bauzonen auf ein vernünftiges Mass. Die künftige Entwicklung soll ohne Netto-Einzonung neuer Bauzonen geschehen. Damit kann unbebauter Boden auch für kommende Generationen erhalten bleiben und Natur und Landschaft geschont werden. Neue Bauten, bzw. zusätzliche Wohn- und Arbeitsflächen, sollen innerhalb der bestehenden Bauzonen entstehen. Das Zusammenleben in nachhaltigen Quartieren soll gefördert werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die klare Trennung von Bau- und Nichtbauland
- Qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen
- Dass die Baufläche nicht weiter vergrössert wird und Neueinzonungen durch Rückzonungen an einem anderen Ort kompensiert werden
- Die strikte Begrenzung von Bauten ausserhalb der Bauzonen
- Die Unterstützung nachhaltiger Quartiere mit hoher Lebensqualität
- Dass unbebaute urbane Flächen zur Errichtung von städtischen Naherholungsgebieten (grünen Inseln) dienen
- Die Unterstützung von neuen Formen des Zusammenlebens, wobei der Gedanke des Teilens anstelle des Besitzens als Leitgedanke dient

Soziales

Bildung

Eines der wichtigsten Güter unserer Gesellschaft ist Bildung. Sparmassnahmen, die dort ansetzen, kosten die Gesellschaft langfristig mehr als sie einsparen.

Bildung darf nicht bloss als Investition für die Wirtschaft betrachtet werden. Politische Bildung, musische Fähigkeiten, der Umgang mit Medien, Zivilcourage, Kreativität, Freude an Bewegung, Akzeptanz von Vielfalt, Sozialkompetenz und die Bildung im Bereich nachhaltige Entwicklung müssen eine zentrale Rolle spielen.

Heute erreichen nicht die Schüler*innen mit der besten Leistung die höchste Schulbildung, sondern diejenigen mit den besten Rahmenbedingungen – das muss sich ändern. Es braucht ausserdem eine gute Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und gymnasialer Ausbildung, um Potenziale bestmöglich zu fördern. Ein Studium an einer Hochschule muss für alle mit den entsprechenden Fähigkeiten, unabhängig von ihren sozioökonomischen Umständen, zugänglich sein.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine inklusive Bildung mit Erfolgserlebnissen für alle Schüler*innen
- Keine Einsparungen bei der Bildung
- Eine transparente Darlegung der ungerechten Bildungschancen in der Schweiz und die Erarbeitung von Massnahmen des Bundes welche die Chancengleichheit erhöhen (z.B. durch Einführung offerierter Tagesschulen bis zur 9. Klasse und einer offerierten Aufgabenhilfe für alle Schüler*innen von täglich bspw. zwei Stunden)
- Eine gute Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen
- Eine stärkere finanzielle Unterstützung in der Bildungslaufbahn, inkl. Umschulungen und eine Harmonisierung des Stipendienwesen
- Interkantonale Harmonisierung von Bildungsabschlüssen und Bildungsgängen.
- Die Einführung des Schulfaches «Politik und Allgemeinbildung»
- Die Volksschulen fördern einen Austausch zwischen den Schulkindern und der Natur und die Schüler*innen werden tiefgründig über die Klimakrise aufgeklärt.
- Gleiche Bildungschancen für alle, inklusive Asylsuchende und Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. D.h. auch, dass Menschen mit anderer Erstsprache durch die Unterrichtssprache, welche sie noch nicht beherrschen, nicht benachteiligt werden dürfen.

- Die Abschaffung des jetzigen Notensystems in der obligatorischen Schulzeit und eine stärkere Gewichtung der Kulturfächer (Musik; technisches, textiles und bildnerisches Gestalten und Sport) in der Volksschule
- Anpassung der Klassengrößen, damit eine individuelle und qualitativ hochwertige Ausbildung und Betreuung gewährleistet ist

Gesundheitspolitik

Obwohl das Schweizer Gesundheitssystem in Bezug auf die erbrachten Dienstleistungen besonders leistungsfähig ist, ist es teuer und garantiert keinen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Es basiert auf einer Finanzierungsmethode die zu einem übermässigen Verbrauch von medizinischer Versorgung und Verfahren führt.

Das Ziel ist ein staatlich finanziertes System der Solidarität und der sozialen Gesundheit, welches die Gesundheit als grundlegendes Gemeinwohl betrachtet. Um ein langfristig leistungsfähiges Gesundheitssystem zu gewährleisten sind auch die Arbeitsbedingungen des medizinischen und paramedizinischen Personals zu berücksichtigen. Die Sparmassnahmen gegen öffentliche Gesundheitsinstitute sowie der unlautere Wettbewerb durch Privatkliniken verschlechtern von Jahr zu Jahr die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine einkommensabhängige Einheitskrankenkasse
- Eine universelle Deckung der Pflege durch die öffentliche Grundversicherung einschliesslich Zahnpflege und wissenschaftlich validierten alternativen Behandlungen
- Die Einführung von Steuern auf Alkohol, Tabakwaren, Getränke mit raffiniertem Zucker, Cannabis, tierische Lebensmittel und der Luftverschmutzung, die der Prävention und ergänzenden Finanzierung des Gesundheitssystems dienen
- Die Sicherstellung der Ausbildung von ausreichend medizinischem Personal (medizinisch und paramedizinisch) in der Schweiz zur Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung
- Dass Leistungen durch Privatkliniken, die nicht zur Ausbildung von medizinischem Personal beitragen oder die kantonalen Gesamtarbeitsverträge nicht einhalten, nicht durch die Grundversicherung gedeckt werden
- Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Autonomie des Pflegepersonals
- Keine weitere Privatisierung von Uni- und Volkskliniken und längerfristig eine Verstaatlichung dieser
- Den Aufbau einer öffentlich-rechtlichen Institution zur Forschung und Produktion von Medikamenten. Zusätzlich erlässt der Bund Maximalpreise für Medikamente, die die Forschungs- und Entwicklungskosten widerspiegeln.
- Einen garantierten Zugang zu medizinischer Grundversorgung in allen Regionen der Schweiz
- Die Anwendung des Instruments der Zwangslizenzen, um den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten zu garantieren

- Die Einführung der Widerspruchslösung bei der Organspende

Prävention und Resozialisation

Ein harmonisches Miteinander ist in einer Gesellschaft nicht immer möglich. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die allen ermöglichen Teil der Gesellschaft zu sein. Diese Rahmenbedingungen müssen Personen, die aus dem Raster fallen, erlauben sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das bedeutet, dass der Staat präventiv versucht, Personen von Straftaten abzuhalten. Falls gewisse Personen trotzdem straffällig werden, sollte das einzige Ziel des Staates sein, diese Personen so schnell wie möglich wieder zu resozialisieren und in die Gesellschaft zu integrieren. Auf Kinder und Jugendliche, die in der Findungsphase ihrer selbst sind, muss der Staat besondere Rücksicht nehmen. Die Gesetze müssen zum Wohl der Gesellschaft geschaffen und den aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass die Kriminalprävention bei Straftaten an oberster Stelle steht. Die Prävention darf nicht zur Massenüberwachung missbraucht werden
- Ein Wegkommen von einer Law-and-Order-Politik, hin zu einer Prävention-und-Resozialisation-Politik. Erhöhungen des Strafvolumens bringen nicht mehr Sicherheit
- Dass Strafen nur der Prävention und Resozialisation dienen dürfen
- Dass die Polizei die Nationalität von Tatverdächtigen nicht nennen darf
- Dass die Straffälligkeit im Jugendalter keine Barriere im weiteren Leben ist
- Dass, wo immer möglich, eine Therapie angeboten wird, die einer Person hilft, straffrei zu leben
- Eine Abschaffung der Ausschaffung Krimineller

Soziale Sicherheit

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Dennoch steigt die Anzahl armutsgefährdeter Personen jährlich an und die Vermögensschere geht weiter auf. Es braucht einen starken Sozialstaat. Seine Rolle ist nicht nur, materielle Not abzumildern, sondern strukturelle Ungleichheiten zu verkleinern und ein Leben in Würde für alle zu ermöglichen. Der Staat ist dafür verantwortlich, dass die Bevölkerung frei von finanziellen Zwängen leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Der Staat muss Chancengleichheit garantieren.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine Senkung und Flexibilisierung des Rentenalters
- Eine solidarische Finanzierung von Frühpensionierungen, damit diese auch für Personen mit tiefem Einkommen möglich sind
- Eine signifikante Reduktion der Wochenarbeitsstunden
- Dass längerfristig die AHV, die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt werden
- Die Fusion der 1. und 2. Säule durch die Einführung einer Volkspension
- Ein Massnahmenbündel gegen Altersarmut und zur Würdigung von unbezahlter Care-Arbeit durch eine Rente
- Dass sich die Höhe der Invalidenversicherung an den Bedürfnissen der Bezüger*innen orientiert
- Dass der Staat allen Familien zahlbare Tagesschulen und ganztägige Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt
- Eine stärkere finanzielle Unterstützung der Sozialwerke durch Wohlhabende, z.B. durch höhere Vermögens- und Erbschaftssteuer, oder auch durch die Einführung einer Progression bei Lohnabgaben

Wohnen

Wohnen ist ein Grundrecht. Wohnraum muss für alle bezahlbar sein und darf nicht zum privaten Spekulationsobjekt werden. Insbesondere leerstehender Wohnraum muss im Sinne der Gemeinschaft zwischengenutzt werden. Anbieter, welche preisgünstiges, nachhaltiges und gemeinschaftliches Wohnen anbieten, müssen durch den Staat gefördert werden. Wenn ein Teil des Alltags von privaten in gemeinschaftlich genutzte Räume verlagert wird, werden Ressourcen gebündelt, Fläche eingespart und mehr miteinander anstatt nebeneinander gewohnt. Eine Durchmischung von Menschen mit unterschiedlichem Alter, Einkommen und sozialem Status muss gefördert werden. Gleichzeitig muss die Zersiedelung bekämpft werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass leerstehende Gebäude im Sinne der Gemeinschaft zwischengenutzt werden
- Eine Förderung von preisgünstigem Wohnraum durch den Staat und Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften
- Verdichtetes Bauen und die Förderung von nachhaltigen Quartieren
- Die Förderung einer sozialen Durchmischung
- Die Verhinderung von Isolierung oder Ausgrenzung einzelner gesellschaftlichen/sozialen Schichten oder Gruppen
- Dass ab einem bestimmten Investitionsvolumen ein signifikanter Anteil der Wohnungen des Immobilienbewirtschafters per Kostenmiete vermietet werden muss. Widerrechtlich überhöhte Mieten, müssen rückwirkend über einige Jahre zurückerstattet werden.
- Keine Erhöhung des Referenzzinssatzes bei der Miete
- Dass Bund, Kantone und Gemeinden ihr Land nicht mehr verkaufen dürfen, sondern im Baurecht abgeben müssen, wobei die Vergabe des Baurechts nach nachhaltigen und sozialen Kriterien stattfinden muss
- Die längerfristige Demokratisierung von Schweizer Boden als Gemeingut (Allmende)

Gesellschaft

Demokratie und Staat

Die halbdirekte Demokratie der Schweiz garantiert der Bevölkerung wichtige politische Rechte. Dennoch verfügt dieses System über gravierende demokratiepolitische Mängel.

Die Schweiz ermöglicht durch das Initiativ- und Referendumsrecht zwar ein hohes Mass an politischer Partizipation, doch nicht alle können teilhaben: Ausländer*innen und Minderjährige werden von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen. Verschlimmert wird diese Ungerechtigkeit durch die hohen Anforderungen an eine Person und deren Einbürgerung in der Schweiz. Die Schweiz benötigt darum eine grundlegende Reform des Bürger*innenrechts. Nur wenn alle hier lebenden Menschen an unserem System teilhaben können, ist dieses wirklich demokratisch. Profitinteressen aus der Wirtschaft sollen den Ausgang einer Abstimmung oder Wahl nicht beeinflussen können. Parteien müssen unabhängig von Grossspender*innen und Konzernen agieren. Ausserdem müssen die Stimmbürger*innen wissen, woher wieviel Geld in Abstimmungs- und Wahlkampagnen fliesst. Volksabstimmungen und Parlamentsentscheide müssen immer Menschenrechts- und Völkerrechtskonform sein.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Einführung des «ius soli»: Wer in der Schweiz geboren ist, erhält automatisch das Bürger*innenrecht
- Die Abschaffung der Wartefrist: Alle Menschen, die hier wohnen, können das Bürger*innenrecht beantragen
- Eine national einheitliche, kostenlose und nach objektiven Kriterien messbare Einbürgerungspraxis
- Ein aktives- und passives Stimm- und Wahlrecht ab 14 Jahren
- Ein aktives und passives Stimm- und Wahlrecht für alle Menschen im stimmberechtigten Alter die sich hier niederlassen
- Ein Verbot von Firmenspenden an Parteien
- Eine finanzielle Obergrenze für Privatspenden
- Transparenz und die vollständige Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Abstimmungen sowie der Interessensbindungen von Parlamentarier*innen durch eine staatliche Stelle
- Eine staatliche Parteienfinanzierung, um die Unabhängigkeit der Parteien von Wirtschafts- und Partikularinteressen zu garantieren
- Die Einführung eines Verfassungsgerichtes auf Bundesebene

- Die Einführung des Initiativrechts auf Gesetzesstufe
- Die schweizweite Einführung des doppelten Pukelsheim ohne Quorum
- Die Abschaffung des Ständemehrs
- Die Ersetzung des Ständerates durch einen Generationenrat

Digitalpolitik

Die Digitalisierung betrachten wir grundsätzlich positiv. Sie bietet einfachen Zugang zu Wissen, dient der Inklusion und vernetzt uns unabhängig von Herkunft oder ökonomischen Möglichkeiten. Die Digitalisierung birgt aber auch Risiken. Um unsere Konsumlust zu stillen, nehmen wir im Ausland massive Umweltverschmutzung und Ausbeutung beim Abbau von Rohstoffen und der Produktion von Geräten in Kauf. Um dem vorzubeugen, braucht es langlebige und nachhaltige Geräte. Durch die Vorherrschaft grosser Konzerne im Internet geben wir unser gesamtes Leben preis, meistens ohne dies zu wissen. Eine Offenlegung der gesammelten Daten ist nötig. Wir fordern Transparenz.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass der Internet-Zugang Service Public ist, wobei der Staat Netzneutralität garantiert
- Eine durch eine öffentlich-rechtliche Institution als Gemeingut (Allmende, im Besitz aller) gebaute und unterhaltene Telekommunikations-Infrastruktur
- Keine flächendeckende staatliche Überwachung des Internets und keine Vorratsdatenspeicherung
- Eine aktive und allgemeinverständliche Kommunikation der Webdienste darüber, welche Daten sie sammeln und wozu diese verwendet werden
- Das Recht auf Vergessen: Nutzer*innen können die Löschung und Aushändigung aller persönlichen Daten beantragen, die ein Webdienst über sie gesammelt hat
- Dass staatliche Einrichtungen auf Open-Source-Software setzen
- Dass Software, die aus öffentlicher Hand finanziert wird, quelloffen sein muss. Ausnahmen gibt es lediglich bei kritischer Infrastruktur
- Ein E-Voting Moratorium
- Dass bei neuen Technologien das Vorsorgeprinzip gelten muss
- Keine Netzsperrern

Suchtverhalten

Die Jungen Grünen wollen mit ihrer Suchtpolitik die körperliche und seelische Gesundheit sowie die soziale Situation von Konsumierenden verbessern, die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen, die negativen Folgen des Schwarzmarktes verringern und den Kinder- und Jugendschutz gewährleisten. In den 1990er-Jahren war die Schweiz mit ihrer Viersäulenpolitik (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression) eine internationale Vorreiterin. Seither ist diese Politik nicht mehr weiterentwickelt worden. Heute wird zu viel Geld für Repression ausgegeben, was die Konsumierenden an den Rand der Gesellschaft drängt und wirksame Therapien und Prävention verhindert. Sucht ist eine Krankheit, kein Verbrechen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Legalisierung des Anbaus, Handels und Konsums von allen Drogen für Volljährige mit Massnahmen zum Kinder- und Jugendschutz mit staatlich kontrolliertem Anbau und Vertrieb
- Die Einführung von Steuern auf Alkohol, Tabakwaren, raffinierter Zucker und Cannabis, die der Prävention und ergänzenden Finanzierung des Gesundheitssystems dienen
- Mehr Mittel für Prävention
- Ein Werbeverbot für Tabak, Alkohol, Cannabis und Glücksspiel
- Fixerstuben in der ganzen Schweiz, die ein sicheres und kontrolliertes Umfeld mit sterilen Spritzen bieten
- Eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels
- Dass Suchtkranke psychologische Unterstützung und Hilfe bei der Resozialisierung erhalten

Familien

Es gibt unzählige verschiedene Familienmodelle in der Schweiz. Die Jungen Grünen setzen sich dafür ein, dass diese Familienmodelle gleichberechtigt gelebt werden können. Dem muss durch eine überarbeitete Gesetzgebung endlich Rechnung getragen werden:

Viele Kinder wachsen in Familienstrukturen auf, in denen nicht, oder nicht nur, eine Frau und ein Mann gemeinsam die Rolle der Eltern einnehmen. Alle Formen der Partnerschaft und deren Kinder müssen rechtlich gleichermassen abgesichert werden.

Weiter müssen Beruf und Familie besser zu vereinbaren sein. Dafür bedarf es Strukturen wie beispielsweise Tageschulen oder Kindertagesstätten, welche stark ausgebaut und in allen Regionen der Schweiz kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der Mutterschaftsurlaub ist heute zu kurz und Vätern* ist oftmals nur ein freier Tag gewährt. Der Einstieg in das Familienleben soll aber weder für Mütter* noch für Väter* eingeschränkt werden. Dazu braucht es neue Modelle wie eine flexible Elternzeit.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Gleichstellung aller Partnerschaftsformen und damit die automatische rechtliche Absicherung der Kinder von Regenbogenfamilien
- Die Erweiterung des Adoptionsrechts auf alle Partnerschaftsformen
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere durch einen starken Ausbau von Teilzeitarbeit, Jobsharing und eine Senkung der Wochenarbeitszeit
- Ein kostenloses ganztägiges Betreuungs- und Tagesschulangebot bis zur 9. Klasse
- Eine flexible Elternzeit von mindestens einem Jahr, wovon beide Elternteile mindestens 12 Wochen beziehen müssen

Feminismus – Gleichstellung aller Geschlechter

In unserer Gesellschaft sind cis Männer gegenüber Frauen und allen anderen Geschlechtern privilegiert. Dies ist grösstenteils historisch begründet und wird durch ein konservatives Rollenverständnis, Stereotypen und binäre Geschlechtervorstellung aufrechterhalten. Die Jungen Grünen wollen dieses Patriarchat, in dem die meisten Machtpositionen von cis-Männern besetzt werden und nicht-cis-männliche Personen systematisch diskriminiert werden, abschaffen.

So fordern die Jungen Grünen die Förderung von Frauen und allen weiteren diskriminierten Geschlechtern in verschiedenen Bereichen. Etwa durch Geschlechterquoten, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Aufklärung über die herrschende Ungleichheit und was dagegen unternommen werden kann. Gebärfähige Menschen dürfen nicht benachteiligt werden, wenn sie Kinder kriegen. Selbstbestimmung (z.B. bei Abtreibungen und Sterilisation) muss in jedem Fall gewährleistet sein. Ausserdem soll geschlechtergerechte Sprache schweizweit zum Standard gemacht und Geschlechterstereotypen aktiv abgebaut werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine repräsentative Vertretung der Geschlechter in den Legislativen und Exekutiven auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene sowie in politischen Kommissionen
- Ein Lehrmittel mit Bildern und Texten, welche die Diversität unserer Gesellschaft abbilden und frei von Stereotypen und starren Geschlechterrollen sind
- Die Förderung eines umfassenden Aufklärungsunterrichts an Schulen
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Eine repräsentative Vertretung der Geschlechter in Verwaltungsräten und Kaderpositionen staatsnaher und börsenkotierter Unternehmen
- Die (finanzielle) Anerkennung von Care-Arbeit
- Ein Verbot sexistischer Werbung
- Die konsequente Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)
- Gesetzliche Regelungen und die strafrechtliche Verfolgung von Hate Speech, Belästigung und Cyber Stalking

Inklusion von Menschen mit Behinderungen

«Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können» (UNO-BRK, Art. 1). Behinderung entsteht durch gesellschaftliche Strukturen, bzw. deren Barrieren, die die Beteiligung eines beeinträchtigten Menschen einschränken. Diese Barrieren erschweren oder verunmöglichen es alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen, sich aus- und weiterzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Die rechtlichen Grundlagen für eine inklusive Gesellschaft sind mit dem Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) und der Ratifizierung der Behindertenrechts-Konvention (UNO-BRK) vorhanden. Die konkrete Umsetzung steht erst am Anfang. Neben einer konsequenten Umsetzung des Gesetzes braucht es ein Umdenken in der Gesellschaft.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Gerichtsbarkeit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte auf allen Ebenen (UNO Pakt I)
- Die Unterzeichnung des Zusatzprotokoll der UNO-BRK
- Einen Aktionsplan zur Umsetzung der BRK mit klaren und nachweisbaren Zielen
- Ein Recht auf eine individuelle und selbstbestimmte Lebensgestaltung mit einem existenzsichernden Einkommen
- Die Förderung von Betreuungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen
- Ein möglichst inklusives Bildungssystem mit Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und deren Lehrpersonen
- Einen inklusiven Arbeitsmarkt mit Informationen und Schulungen zum Abbau von Diskriminierungen und Vorurteilen
- Finanzielle Unterstützung für Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen einstellen (Cofinanzierungsmodell)
- Die Gewährleistung einer gleichberechtigten politische Teilhabe und des Zuganges zu Informationen
- Einen barrierefreien Zugang zu öffentlichem Raum sowie Freizeit-, Sport- und Ferienangeboten
- Dass während der Schwangerschaft niemand gezwungen wird einen Test auf genetisch bedingte Behinderungen durchzuführen

Kultur und Freiräume

Kultur ist mehr als nur Unterhaltung: Kultur verbindet Menschen, schlägt Brücken, beleuchtet Probleme von neuen Seiten und hält der Gesellschaft einen Spiegel vor. Dabei ist Kultur vielfältig und entwickelt sich laufend fort. Für eine menschliche Zivilgesellschaft und eine funktionierende Demokratie ist Kultur deshalb sehr wichtig. Es braucht günstige, inklusive Angebote in den Bereichen Musik, Kunst, Literatur und Schauspiel für alle Altersgruppen. Kultur darf nicht nach kommerziellen Maßstäben bemessen werden. Der Staat muss Freiräume und Rahmenbedingungen bereitstellen, damit alternative Kultur gedeihen kann.

Die Jungen Grünen fordern:

- Mehr Mittel für die Kulturförderung, insbesondere auch für neue Bereiche, wie z.B. die digitale Kunst oder die Videospieldkunst
- Einen kostengünstigen Zugang zu außerschulischen kulturellen Angeboten
- Die straffreie Besetzung von unbewohnten/unbenutzten Gebäuden und die Ermöglichung von Zwischennutzungen
- Die Förderung von kulturellem Freiraum für alle

LGBTQIA+

Die Jungen Grünen stehen für eine Gesellschaft, in der die Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten aktiv gelebt wird und zu der Menschen aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen gehören und sich frei entfalten können. Sie setzen sich dafür ein, dass LGBTQIA+ (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersexual, Asexual, plus those not fitting into these, zu Deutsch: Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans Personen, Queere, Intersexuelle, Asexuelle und alle, die sich nicht darin einordnen) in unserer Gesellschaft besser sichtbar sein können und rechtlich anerkannt werden. Weiter müssen die Stimmen von LGBTQIA+ gehört und ihre Anliegen politisch angemessen repräsentiert werden. Jegliche Form von Homo- oder Transphobie sowie dadurch motivierte Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Gewalt gehören aufs Schärfste verurteilt.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Gleichstellung aller Partnerschaftsformen und damit die automatische rechtliche Absicherung der Kinder von Regenbogenfamilien
- Die Erweiterung des Adoptionsrechts auf alle Partnerschaftsformen
- Zugang zu Fortpflanzungsmedizin für alle
- Die Nicht-Registrierung von Geschlecht und sexueller Orientierung in amtlichen Dokumenten
- Die Anerkennung der Verfolgung von LGBTQIA+ Menschen im Asylwesen und erleichterte Einbürgerung für LGBTQIA+ Menschen auf der Flucht
- Die Verurteilung jeglicher Form von Homo- oder Transphobie sowie dadurch motivierte Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Gewalt und die Ausweitung der Antirassismus-Strafnorm auf Geschlecht und sexuelle Orientierung
- Die Einführung eines dritten Geschlechtseintrags
- Eine vereinfachte Änderung des Geschlechtseintrags
- Die statistische Erfassung von Hate Crimes
- Ein Verbot von Konversionstherapien aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität
- Ein gesetzliches Verbot von nicht medizinisch begründeten Operationen an intergeschlechtlichen Kindern, ohne deren Wunsch

Transparenz

Korruption ist der Missbrauch von Macht zum Zweck von privaten Interessen. Korruption untergräbt den Zusammenhalt der Gesellschaft, schwächt das Vertrauen in die

Rechtsstaatlichkeit und verfälscht die Demokratie. Im internationalen Vergleich ist Korruption in der Schweiz nicht weit verbreitet. Dennoch gibt es Verbesserungspotenzial: So ist beispielsweise die Vetternwirtschaft (Gönnerschaft oder Klientelismus) in der Schweiz sehr verbreitet. Whistleblower, d.h. Menschen, die der Öffentlichkeit Missstände melden, müssen vor negativen Folgen geschützt werden. Transparenz in der Politik ist daher für die Jungen Grünen besonders wichtig, damit Wähler*innen wissen, welche Interessen Politiker*innen oder Parteien (manchmal im Geheimen) vertreten und verfolgen. Darüber hinaus brauchen wir Überwachung, Bildung und angemessene Rechtsvorschriften zu diesem Thema.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass politische Parteien und Komitees für Wahlen oder Referenden ihre Grossspenden offenlegen
- Die Offenlegung und aktive Kommunikation sämtlicher Einkünfte und Mandate von gewählten Politiker*innen, zum Beispiel auf Smartvote
- Dass alle schweizerischen Ämter und Behörden dem Grundsatz der öffentlichen Transparenz und der Meldepflicht bei Korruptionsfällen unterliegen
- Den Schutz von Whistleblowern vor Entlassung und strafrechtlichen Folgen

Wirtschaft

Arbeit

Alle Arbeitnehmenden, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrem Lohn leben können. Dies ist auch in der Schweiz nicht selbstverständlich. Viele Arbeitnehmende verdienen nicht oder nur knapp genug, um ihr Leben zu finanzieren. Die Lohnschere zwischen den Topverdienenden und den Schlechtentlohnnten klafft weit auseinander.

Der Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmende muss attraktiv bleiben. Ihre jahrelange Erfahrung soll ihnen dabei zugutekommen. Auch für Junge muss der Arbeitsmarkt attraktiv sein, wobei Praktika keine Festanstellungen ersetzen dürfen und fair entlohnt sein müssen. Menschen, die ihren Job aufgrund der Digitalisierung verlieren, sollen neue Perspektiven bekommen. So werden die Arbeitnehmenden nicht direkt von der fortschreitenden Digitalisierung konkurrenziert und sie müssen ihren Job nicht aufgeben.

Der Temporäre Arbeitsmarkt muss stärker zu Gunsten der Arbeitnehmenden reguliert werden. Der/Die Stellenvermittler*in (Temporärbüro) muss gegenüber den Arbeitnehmenden deklarieren, wie hoch die Entschädigung ist, die das Temporärbüro vom/von der Auftragsnehmer*in für die verrichtete Arbeit erhält und wie diese eingesetzt wird (Lohn, Sozialversicherungsabgaben, Administration, Gewinn). Das Arbeitsgesetz muss so verbessert werden, dass die Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge steigt. Auftragsvergaben von Firmen an Subunternehmen dürfen nicht zu Verstößen gegen das Arbeitsgesetz oder Lohndumping führen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Einen gesetzlichen Mindestlohn, der die Existenz sichert und die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht
- Eine substantielle Senkung der Wochenarbeitszeit
- Die Möglichkeit für Arbeitnehmende selber zu bestimmen, ob Überzeit ausbezahlt werden soll oder ob sie mit Ferien kompensiert wird
- Einen verbesserten Kündigungsschutz von älteren Mitarbeitenden sowie Massnahmen zur verbesserten Wiedereingliederung
- Mehr und verbesserte Gesamtarbeitsverträge
- Eine Beschränkung der Toplöhne
- Keine Ersetzung von Festanstellungen durch Praktika
- Verstärkte Massnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt
- Kostenlose Weiterbildungs- und Umschulungsangebote für Menschen, die wegen der Digitalisierung ihren Job verlieren
- Dass Produktivitätsgewinne zu höheren Reallöhnen führen
- Regulierung der Sharing- und Plattform-Economy (Uber, etc.): Anbieter von Dienstleistungen müssen denselben Rechten und Pflichten nachkommen wie die klassischen Anbieter in der Branche.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Erst eine gesicherte Existenz ermöglicht dem Menschen, sich zu entfalten und sein Leben und Umfeld aktiv zu gestalten. Wenn die Sorge um Existenzsicherung wegfällt, kann sich der Mensch auf seine Bedürfnisse, seine Gesundheit, sein Lernen, sein Wirken und auf die Menschen und die Umwelt um sich herum konzentrieren. Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll diese Existenzsicherung garantieren und ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Es hat das Potential, die 4. Industrielle Revolution durch die digitale Transformation in eine konstruktive und menschenwürdige Richtung zu leiten. Das Bedingungslose Grundeinkommen reiht sich ein in eine Vielzahl von sozialen Innovationen, die unser Zeitalter prägen können.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Einführung eines humanitären und bedingungslosen Grundeinkommens, welches die körperlichen, sozialen und kulturellen Grundbedürfnisse deckt
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, die in der Schweiz wohnhaft sind
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen von finanzieller Natur, welches individuell und regelmässig ausbezahlt wird und an keine Bedingung für seine Verwendung geknüpft ist
- Dass durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens bestehende Sozialleistungen in gleicher Höhe wegfallen dürfen, dies aber zu keinem Leistungsabbau führen darf.

Demokratische Wirtschaft

Das soziale und ökologische Wohlergehen aller muss anstelle des Gewinns in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns treten. Die neoliberale Marktwirtschaft basiert auf uneingeschränktem Wirtschaftswachstum, reinem Wettbewerb und Krisenzyklen. Die Gewinnlogik hat zu einer Explosion der Ungleichheiten und der massiven Zerstörung der Umwelt geführt: Sie kann in einem Ökosystem mit begrenzten Ressourcen nicht funktionieren.

Es gibt Möglichkeiten, die Armut in der Welt zu beseitigen und eine ökologische Wirtschaft aufzubauen. Diese Probleme können nicht nachhaltig gelöst werden, solange die Wirtschaft nicht im Interesse der Gemeinschaft, sondern zur Maximierung privater Gewinne agiert. Wenn wir die Wirtschaft demokratisch organisieren, können die Bedürfnisse der Bevölkerung der entscheidende Faktor in unserer Gesellschaft sein. Wir kämpfen für Reformen und Verbesserungen des derzeitigen Systems. Längerfristig muss das Ziel sein, aus dem zerstörerischen Teufelskreis des Kapitalismus auszubrechen. Wir fordern eine Wirtschaftsdemokratie und die Überwindung des Kapitalismus. Gewisse Industrien, Güter, Dienstleistungen und Ressourcen müssen in öffentliches Eigentum überführt werden – so zum Beispiel Banken, das Gesundheitswesen oder der Energiesektor. Nur so können diese der Wachstums- und Profitlogik entzogen werden und für das Allgemeinwohl arbeiten. In den marktwirtschaftlich organisierten Bereichen der Wirtschaft muss eine demokratische Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmenden sichergestellt werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine demokratische Verwaltung in öffentlichem Eigentum aller endlichen Ressourcen, Industrien, Güter und Dienstleistungen, die die Grundbedürfnisse der Menschen decken (dazu gehören unter anderem Boden, Wasser, Banken, Versicherungen, Gesundheitswesen, Verkehr, Energie, Telekommunikation, Bildung und Wohnraum, sowie alle endlichen natürlichen Ressourcen)
- Mitbestimmungsrecht und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmenden an privaten Unternehmen – zum Beispiel durch Genossenschaften
- Die Haftung von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz für ihr Handeln im Ausland
- Eine strikte Regulierung von Werbung
- Ein Verbot von Patenten auf Organismen und Medikamente
- Pharmakonzernen ist es verboten Dividenden auszuzahlen. Der Gewinn aus Medikamenten soll restlos in Forschung oder zum Einkaufen von Know-how verwendet werden.

- Die Einführung eines relativen Höchstlohnes: Der höchste Lohn in einem Unternehmen darf maximal zwölfmal höher sein als der niedrigste
- Ein Engagement der offiziellen Schweiz im Rahmen von internationalen Institutionen zur Ausweitung der demokratischen Mitbestimmung auf wirtschaftliche Aspekte. So sollen Lohn-, Steuer- und Umweltdumping bekämpft werden

Finanzmärkte und Geldpolitik

Globalisierte Finanzmärkte haben enorme Macht über die Politik. Wirtschaftliche Ungleichgewichte und spekulative Finanzströme setzen die Nationalstaaten unkontrollierten und oft verheerenden Kräften aus, was zu Finanzblasen, Wechselkursschwankungen und letztlich zu Desinvestitionen in die Realwirtschaft führt. Der Schweizer Finanzplatz profitiert von den internationalen Finanzströmen, die er anzieht. Gleichzeitig stellt er aber auch ein Risiko für die wirtschaftliche Stabilität dar. Obwohl das internationale Finanzkasino nicht der einzige Faktor ist, der zur Zunahme von Ungleichheit und Instabilität beiträgt, spielt er eine wichtige Rolle. Gerade für ärmere Länder ist die Kapitalflucht ein entscheidendes Hindernis, das die Armutsbekämpfung erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Deshalb fordern die Jungen Grünen eine strenge Regulierung des Bankensektors in der Schweiz. Darüber hinaus muss die Schweiz international agieren, um die Finanzmärkte zu regulieren und das Währungssystem zu verbessern.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Regulierung des Bankensektors im Sinne der Europäischen Bankenunion: Einrichtung eines Regulationssystems, eines von den Banken finanzierten Fonds für deren Umstrukturierung, einer Einlagensicherung für Kunden
- Ein Verbot von undurchsichtigen (toxischen) Finanzprodukten
- Die Zertifizierung neuer Finanzprodukte von einer unabhängigen supranationalen Institution
- Kapitalkontrollen und eine Devisentransaktionssteuer zur Minimierung spekulativer Finanzströme an den Devisenmärkten, um die Wechselkursstabilität zu erhöhen
- Höhere Strafen bei Insidergeschäften (Frontrunning) und Geldwäscherei Ein stabiles internationales Währungssystem
- Eine striktere Regulierung der Mindesteigenmittel von Banken
- Banken müssen ihre Investitionen transparent offenlegen.
- Dass Banken nicht Too big to fail werden
- Die Abschaffung des Bankengeheimnisses

Fiskalpolitik

Steuern sind die Grundlage für die finanzielle Handlungsfähigkeit eines Staates. Die Höhe der Steuern muss daher den öffentlichen Ausgaben und dem Bedarf der ansässigen Bevölkerung angepasst werden. Steuern haben erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft eines Landes,

aber auch auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Gestaltung des Steuersystems muss daher einfach, rückverteilerbar und gerecht sein. Im Interesse von Gerechtigkeit und Umverteilung müssen auch Unternehmensvermögen und -gewinne besteuert werden. Aus Umweltgründen sollte es Lenkungsabgaben sowie Verbote geben. Der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb ist schädlich, da er zu einem «Race to the Bottom» führt, welches den Staat und die breite Bevölkerung als großen Verlierer*innen zurücklässt. Der Steuerwettbewerb muss daher gestoppt werden. Unterschiede in den kantonalen Steuersätzen dürfen nur aufgrund der unterschiedlich hohen öffentlichen Ausgaben der Kantone zustande kommen, nicht aber als Anreiz, um Vermögende und Grosskonzerne anzulocken.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine CO₂-Abgabe
- Eine nationale Erbschaftssteuer in Höhe von 100% mit Freibetrag und Regelungen für kleine Unternehmen (z.B. Umwandlung in Genossenschaft mit Beteiligung der Arbeitenden)
- Die Erhöhung der Steuerprogression bei hohen Einkommen
- Die Erhöhung der Vermögenssteuer
- Die Trennung von Arbeits- und Kapitaleinkommen und höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen (99%-Initiative)
- Die Einführung einer Mikrosteuer auf Finanztransaktionen
- Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für internationale Unternehmen
- Die Erhöhung der Mindeststeuersätze in den Kantonen
- Den Ersatz von Steuerabzügen durch Steuergutschriften
- Dass die Steuererklärung freiwillig und durch eine Quellensteuer, welche direkt auf das Einkommen erhoben wird, ersetzt wird
- Das Ende des interkantonalen Steuerwettbewerbes
- Dass Unternehmensgewinne dort besteuert werden, wo sie entstehen

Ökologischer Umbau der Wirtschaft

Unsere neoliberale Marktwirtschaft mit ihrer Wachstums- und Profitlogik führt zu massiven Problemen für unsere Umwelt. Damit Klima und Ökosysteme auch in Zukunft intakt bleiben, müssen wir die Art und Weise, wie wir Waren produzieren, drastisch ändern. Die Schweiz muss auf fossile Brennstoffe verzichten und ihren ökologischen Fussabdruck auf einen Planeten oder noch weniger reduzieren. Der Markt in seiner heutigen Form ist nicht in der Lage, diese ökologische Transformation zu erreichen: Anreize sind nützlich, aber werden nicht ausreichen, um in der kurzen verbleibenden Zeit die globale Produktion nachhaltig zu gestalten. Gefragt ist eine aktive Industriepolitik, die dazu beiträgt, ganze Wertschöpfungsketten im Bereich der nachhaltigen Technologien aufzubauen und zu stärken. Zudem braucht es eine aktive und interregionale Planung, um den Teufelskreis von Mobilität, Zersiedelung, Energieverbrauch und Emissionen zu durchbrechen. Darüber hinaus müssen im Interesse der Green Economy die Rohstoffkreisläufe geschlossen werden (Kreislaufwirtschaft).

Längerfristig wird die Erhaltung einer intakten Umwelt nur mit einem grundsätzlichen Umbau unserer Wirtschaft zu schaffen sein. Ökologische Fortschritte durch Effizienzsteigerung und emissionsärmere Produktion, werden in einem wachstumsgetriebenen System durch immer mehr Konsum und Verbrauch zunichte gemacht. Unsere Gesetzgebung muss darum auf Suffizienz ausgerichtet sein. Zudem brauchen wir eine demokratische Kontrolle über die Wirtschaft, um gewisse Teile von der Wachstums- und Profitlogik zu entkoppeln. System change not climate change!

Die Jungen Grünen fordern:

- Die längerfristige Demokratisierung gewisser Industrien, Dienstleistungen und Güter sowie aller nicht-erneuerbaren Ressourcen
- Die Förderung von umweltfreundlichen Technologien, in der Forschung, sowie in der Produktion und im Vertrieb
- Lenkungsabgaben auf umweltschädliches Verhalten
- Dass die offizielle Schweiz sich für low-tech CO₂-Abscheidungstechnologien (Aufforstung, Kalkung, Pflanzenkohle) einsetzt. Diese Technologien können nicht patentiert werden, sondern müssen öffentliche Güter bleiben
- Anreizsysteme wie Lenkungsabgaben und Subventionen, um den Bedarf an Energie, Raum und Mobilität zu reduzieren

- Öffentliche Investitionen in Bereiche, die für die ökologische Umstrukturierung wichtig sind, aber vom privaten Sektor aufgrund mangelnder Rentabilität nicht bearbeitet werden
- Die Schliessung aller Kreisläufe nicht-erneuerbarer Ressourcen durch eine massive Steigerung der Recycling-Quote und mehr Wiederverwertung
- Eine Bevorzugung von Materialien mit besserer Umweltbilanz bei Verpackungen
- Die Förderung einer effektiven Raumordnung und Verkehrssteuerung, um den motorisierten Verkehr auf das notwendige Maß zu reduzieren. Dies kann mit elektrischen Geräten erfolgen
- Die Dekarbonisierung der Wirtschaft
- Einen Fonds für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft
- Eine Steigerung der Reparierbarkeit und Lebensdauer von Konsumgütern

Internationales

Diplomatie und internationale Institutionen

Die internationale Zusammenarbeit von Gesellschaften und Staaten ist wichtig. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder bewaffnete Konflikte erfordern eine gemeinsame Vorgehensweise. Internationale Zusammenarbeit findet in zahlreichen formellen internationalen Institutionen, wie auch in Foren von Zivilgesellschaft und/oder Staaten statt. Nichtsdestotrotz haben internationale Institutionen häufig eine Tendenz, für den Status Quo und bestehende Machtinteressen zu arbeiten. Deshalb ist es essenziell, dass die Schweiz ihre Rolle in internationalen Institutionen aktiv auslegt und als progressive Kraft agiert. Dies insbesondere in Bezug auf den Klimawandel, der globalen Gerechtigkeit und Friedensförderung.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine Förderung des internationalen Austauschs zwischen Städten, Zivilgesellschaften etc.
- Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbots
- Eine unbewaffnete Friedenspolitik
- Dass der NATO nicht beigetreten wird
- Die Stärkung einer unabhängigen und demokratischen UNO durch die Einführung einer Direktsteuer durch die Mitgliedstaaten und eines demokratisch gewählten Weltparlamentes

Globaler Handel und Freihandel

Ohne klare Regeln nützt der globale Handel vor allem den Grosskonzernen und vergrössert die weltweite Ungleichheit. Unter dem Freihandel ohne Standards leiden Umweltschutz und faire Arbeitsbedingungen. Gerechte Handelsregeln, einen fairen Wettbewerb, und eine ressourcenschonende Produktion, die Arbeitnehmende schützt, ist zwingend notwendig. Durch eine regionale und nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft werden Arbeitsplätze in der Region geschaffen, überflüssige Transporte vermieden und die natürlichen Ressourcen geschont. Um diese Ziele mit dem globalen Handel vereinbar zu machen, können Schutzzölle erhoben werden oder ökologisch bedenkliche Produkte wie Palmöl von Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Mensch, Tier und Umwelt müssen höher gewichtet werden als Profit und Wirtschaftswachstum.

Die Jungen Grünen fordern:

- Hohe Umwelt- und Tierrechtsstandards auch für importierte Landwirtschaftsprodukte
- Die Produktion von gehandelten Waren und Dienstleistungen unter fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen
- Keine Handelsabkommen ohne verbindliche Umweltschutz- und Menschenrechtsstandards mit Kontroll- und Sanktionsmechanismen
- Dass Entwicklungsländer durch Schutzzölle und andere Massnahmen einzelne Wirtschaftsbranchen schützen dürfen, ohne dafür bestraft zu werden
- Ausgebaute Deklarationspflichten: CO₂-Werte für den Transport, Produktionsbedingungen, Impact auf die Umwelt etc.
- Ein Verbot auf die Einfuhr tierischer Produkte, Produkte aus dem tropischen Regenwald und von Produkten, die nicht nach CH-Standard produziert wurden
- die Bevorzugung der regionalen Produktion gegenüber internationalen Handelsgütern

Internationale Solidarität

In den letzten 100 Jahren hat die globale Ungleichheit stetig zugenommen. Die Menschen in den Industrienationen leben in Wohlstand und Überfluss auf Kosten des globalen Südens. Konzerne der Industriestaaten erzielen riesige Profite, indem sie im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards massiv verletzen. Gleichzeitig geniessen diese in den westlichen Ländern Steuerprivilegien.

Die Jungen Grünen Schweiz wollen eine Welt, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben. Dafür braucht es eine grundlegende Umwälzung der globalen Macht- und Kapitalstrukturen. Es braucht eine weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit, welche auch für Schwellen- und Entwicklungsländer funktioniert. Um diesem Ziel näherzukommen, setzen wir uns für gezielte Entwicklungszusammenarbeit, konsequente Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen und die Gerichtsbarkeit von Handlungen Schweizer Konzerne im Ausland ein.

Damit globale Gerechtigkeit erreicht wird, müssen supranational föderalistisch- organisierte und demokratische Institutionen gestärkt werden, welche verbindliches Recht schaffen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass die Schweiz Entwicklungsländer bei der Bewältigung von Klimafolgen unterstützt und einen fixen Prozentsatz vom Bruttonationaleinkommen in die internationale Bekämpfung der Klimakrise investiert
- Internationale Zusammenarbeit für eine verstärkte Demokratisierung der Wirtschaft, um gegen Lohn-, Steuer- und Umweltschutzdumping vorzugehen
- Die Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte aller unterdrückten Minderheiten
- Gerichtsbarkeit für in der Schweiz ansässige Konzerne für ihre Handlungen, wie Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden etc. im Ausland
- Eine Erhöhung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, mindestens an die UNO-Zielvorgabe (0.7%)
- Ein internationales Steuergesetz für transnationale Konzerne inklusive globalem Mindeststeuersatz
- Die vollständige Erlassung der Schulden von Entwicklungs- und Schwellenländern, sofern diese die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte respektieren und einhalten

- Die Verrechtlichung internationaler Beziehungen, was zur Folge hat, dass sich alle Staaten den Beschlüssen des internationalen Gerichtshofs unterordnen müssen
- Rechtliche Vorgaben zur Verhinderung von Steuerflucht

Migration und Integration

Jeder Mensch hat das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit. Das heisst, ein Mensch darf sich niederlassen, wo er will und hat dort dieselben Rechte und Pflichten wie die bisherigen Bewohner*innen. Länder müssen ihre Grenzen öffnen und dürfen Menschen den Eintritt nicht verweigern.

Leider migrieren viele Menschen nicht freiwillig, sondern werden dazu gezwungen. Die Schweiz ist in der Verantwortung, Faktoren, die zu unfreiwilliger Migration führen, zu bekämpfen. Zudem müssen alle Menschen, die in die Schweiz flüchten, aufgenommen werden. Der Flüchtlingsstatus muss abgeschafft werden.

Menschen, die in die Schweiz geflüchtet sind, müssen hier integriert werden. Der Staat muss ihnen eine Perspektive bieten. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gewährleistet sein. Solange die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit nicht gewährleistet sind, steht der Staat in der Verantwortung, die Situation der Flüchtenden zu verbessern.

Die Jungen Grünen fordern:

- dass sich die Schweiz aktiv für eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzt
- Sichere Fluchtrouten und dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für diese einsetzt
- Eine Wiedereinführung des Botschaftsasyls
- Einen Ersatz des Dublin-Systems durch einen Verteilschlüssel, bei dem die familiären Umstände berücksichtigt werden
- Die massive Aufwertung des Status F „Vorläufig aufgenommen“
- Ein vereinfachter Familiennachzug
- Das Recht auf kostenlose Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund
- Die Anerkennung von medizinischen Problemen und veränderten Klimabedingungen als Fluchtgrund
- Eine Pflicht für Frühförderung für Kleinkinder mit schlechter Kenntnis der Sprache der jeweiligen Sprachregion
- Die Wiederanerkennung von Militärdienstverweigerung als Fluchtgrund
- Einen schnellen Zugang zu Ausbildung und Erwerbstätigkeit für Geflüchtete
- Eine Erhöhung der Kontingente von Flüchtlingen direkt aus den Lagern des UNHCR

Militär/Pazifismus

Die Schweiz als wohlhabendes und neutrales Land sollte mit einem guten Beispiel vorangehen und eine pazifistische Politik betreiben. Deshalb soll die Schweiz ihre aktive Neutralität wahren und sich bei Konflikten für eine aktive Friedensförderung einsetzen. Darüber hinaus müssen die Waffenexporte sofort eingestellt werden und ein Finanzierungsverbot von Rüstungskonzernen durch Pensionskassen, die SNB und andere öffentliche Institutionen ausgesprochen werden.

Aus der Sicht der Jungen Grünen schliesst die pazifistische Politik auch mit ein, dass eine Armee in der heutigen Form nicht nötig ist. Es braucht eine Luftpolizei, einen gut ausgebauten Katastrophenschutz und eine Cyberabwehrbehörde. Der Zivildienst als heutige Alternative zum Militärdienst soll durch einen freiwilligen Bürger*innendienst ersetzt werden. Der Bürger*innendienst soll allen volljährigen Bewohner*innen offenstehen und über die Erwerbsersatzordnung finanziert sein.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Abschaffung der Wehrpflicht
- Die Abschaffung der Armee und gleichzeitig die Einführung einer Luftpolizei, einem Katastrophenschutz und einer Cyberabwehrbehörde
- Einen Bürger*innendienst für alle volljährigen Bewohner*innen
- Ein Verbot der Produktion von Kriegsgütern in der Schweiz
- Ein Finanzierungsverbot von Rüstungskonzernen durch Pensionskassen, die SNB und andere öffentliche Institutionen
- Eine konsequente Friedensförderung und aktive Neutralität
- Ein Verbot von Schusswaffen für den privaten Gebrauch

Europäischen Union (EU)

Die Jungen Grünen halten eine enge internationale Zusammenarbeit für sehr wichtig und stehen der EU positiv gegenüber. Als supranationaler Rechts- und Wirtschaftsraum, sichert sie den Frieden in Europa und ermöglicht einen internationalen politischen Diskurs. Viele Probleme können in unserer globalisierten Welt nicht mehr durch einzelne Länder gelöst werden. Dazu gehören unter anderem Migration, Klimaschutz, Steuerwettbewerb, organisierte Kriminalität und Mobilität.

Die Schweiz profitiert wirtschaftlich von der EU. Gleichzeitig befindet sie sich in stetigen Verhandlungen mit der EU. Gesetze und Verordnungen müssen immer wieder neu angepasst werden. Die Jungen Grünen sehen eine Weiterführung, Vertiefung und Ergänzung der Bilateralen Verträge deshalb als Chance.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Weiterführung, Vertiefung und Ergänzung der Bilateralen Verträge
- Eine vereinfachte Übernahme von Gesetzen und Verordnungen der EU
- Ein Initiativ- und Referendumsrecht als Instrumente in der EU
- Die Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards in der EU
- Eine verstärkte Wirtschaftsförderung in schwachen Regionen der EU
- Eine gemeinsame Verfassung der EU-Länder
- Eine gesetzgebende Kompetenz für das EU-Parlament
- dass sich Schweiz dafür einsetzt, dass der Lohnschutz (flankierende Massnahmen) in der EU gestärkt wird
- Die Stärkung der Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedsstaaten